

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends. Monatsbezugspreis 0,50 Goldmark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Wesenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen: Für die dreispaltige Wettzelle oder deren Raum 0,30 Goldmark, für Verammlungsanzeigen 0,20 Goldmark pro Zeile.

Die Vereinbarung über die Betriebsvertretung der Arbeiter im Baugewerbe anerkannt.

Nun soll die von uns in Nr. 43 des „Zimmerer“ mitgeteilte Vereinbarung über die Betriebsvertretung der Arbeiter im Baugewerbe doch in Kraft treten. Die Unternehmerverbände haben, nachdem sie mit ihrem Verlangen auf Streichung der für die Arbeiter sehr wichtigen Ziffer 12 der Vereinbarung bei den Arbeiterverbänden abgelehnt sind, darauf verzichtet. Die Ziffer 12 (Ziffer 11 § 7 des alten Reichstaxtarifvertrages) gibt bekanntlich den Vertretern der Arbeiterorganisationen das Recht, zur Überwachung der Vereinbarung die Baustellen betreten zu dürfen. Dieses Recht durfte unter keinen Umständen preisgegeben werden. Dem haben sich nunmehr auch die Unternehmerverbände gebeugt. Von ihrer Zustimmung zu der Vereinbarung haben sie durch nachstehendes Schreiben vom 10. November 1924 den beteiligten Arbeiterverbänden, und zwar dem Deutschen Baugewerksbund, unserm Zentralverband, dem Zentralverband christlicher Bauarbeiter sowie dem Zentralverband der Maschinisten und Feizer, Kenntnis gegeben:

Aus ihren Antworten auf unser Schreiben vom 20. Oktober dieses Jahres haben wir entnommen, daß Sie irgendeiner Abänderung der am 9. Oktober in Hannover entworfenen Vereinbarung über die Betriebsvertretung der Arbeiter im Baugewerbe ihre Zustimmung nicht erteilen, daß Sie aber die Vereinbarung in vollem Wortlaut anzunehmen bereit sind.

Die unterzeichneten Bauarbeiter-Eigenverbände teilen Ihnen hierdurch mit, daß auch sie nach eingehender Beratung beschloffen haben, der Vereinbarung über die Betriebsvertretung vom 9. Oktober gleichfalls in ihrem damals festgesetzten Wortlaut zuzustimmen.

Wir überfanden gleichzeitig mit diesem Schreiben an den Deutschen Baugewerksbund, Hamburg, die Vereinbarung in neunfacher Ausfertigung mit dem Ersuchen, diese von sämtlichen Verbänden unterzeichnet vollziehen zu lassen und ebenso auch den gleichfalls der Vereinbarung beigefügten Antrag an die Reichsarbeitsverwaltung auf Allgemeinverbindlicherklärung unterschreiben zu wollen.

Arbeitsgemeinschaft der deutschen industriellen Bauunternehmungen:

Reichsverband des deutschen Tiefbaugewerbes, G. V.
gez. J. A.: Dittich.

Beton- und Tiefbauarbeitgeberverband für Deutschland, G. V.
gez. J. A.: Strou.

Deutscher Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, G. V.
gez. J. A.: Dr. Grundmann.

Nach Eingang dieses Schreibens haben auch die Arbeiterverbände die Vereinbarung unterzeichnet, ebenso den Antrag auf Allgemeinverbindlicherklärung. Die Allgemeinverbindlicherklärung der Vereinbarung ist nach § 62 des Betriebsrätegesetzes Vorbedingung für ihre Rechtsgültigkeit; sie dürfte auch auf keinerlei Schwierigkeiten stoßen. Sobald sie erfolgt ist, tritt die Vereinbarung in Kraft. Der Vereinbarung muß natürlich, wenn sie wirksam werden soll, in allen Zustellen die größte Beachtung geschenkt werden. Ueberhaupt sollten alle Kameraden einer so wichtigen Frage, wie es die Betriebsvertretung ist, ein noch viel größeres Interesse entgegenbringen und streng darauf sehen, daß die darin gesicherten Rechte in jedem Falle auch beansprucht werden.

Der Unternehmerschwindel über die Soziallasten.

In der vorigen Woche hielten der Hauptausschuß des Reichsverbandes der deutschen Industrie und der Große Ausschuß der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in Berlin eine gemeinsame Tagung ab. Gegenstand der Beratung waren die Voraussetzungen der deutschen Wirtschaft unter dem Dawes-Abkommen. Es wurden Referate gehalten über den Stand der deutschen Zollrevision, über die Notwendigkeit der Steuerreform, Herabsetzung der Gütertarife, Arbeitszeit und Lohnfrage und anderes mehr. Daß sich die Tagung für einen „gemäßigten“ Bollschuß aussprach, womit angeblich Deutschland hochschützöllnerischen Bestrebungen anderer Länder entgegenzutreten müsse, nimmt nicht wunder; ebenso wenig, daß sie für eine Steuerreform eintretet in erster Linie hinsichtlich der Steuern, von der vermeintlich Industrie und Gewerbe zu schwer betroffen werden. In der Arbeitszeitfrage nahm der Referent und mit ihm die Tagung den Standpunkt ein,

daß eine Ratifizierung des Washingtoner Abkommens völlig unmöglich sei; denn Deutschlands Export betrage im laufenden Jahre 5,7 Milliarden, der Import aber 8 Milliarden; der Export müsse auf mindestens 14 Milliarden gesteigert werden. Eine bemerkenswerte Neuerung machte der Referent, nach Berichten in der bürgerlichen Presse, zur Lohnfrage, indem er meinte, die Unternehmer müßten zunächst von sich aus als Person und als Unternehmer Opfer verlangen, dann erst sei das moralische Recht gegeben, von der Arbeiterschaft zu verlangen, daß sie helfe, die Wirtschaft wieder aufzurichten. Wie die Tagung diese Mahnung aufgenommen hat, wird nicht vermerkt. Wie sehr sie am Platze ist, weiß heute nachgerade jedermann. Die Unternehmer sind bestrebt, möglichst alle Lasten auf die Arbeiter abzuwälzen. Die Arbeiter sollen 12 Stunden täglich, am liebsten noch länger arbeiten für einen möglichst geringen Lohn. Lohnsenkungen werden entschieden bekämpft, sie werden als für die deutsche Wirtschaft untragbar bezeichnet; durch sie werde auch der einzelne Betrieb, das einzelne Unternehmen zu sehr belastet. Als eine besondere Last für die Wirtschaft wird aber die Sozialpolitik angesehen, weshalb das Unternehmertum sich energisch für ihren Abbau einsetzt. Der Charakter der Sozialpolitik als Erhaltung des unentbehrlichsten Produktionsfaktors, der menschlichen Arbeitskraft, ist dem Unternehmertum anscheinend noch gar nicht zum Bewußtsein gekommen. Auch in der kürzlich von der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände herausgegebenen famosen „Deutsche Wirtschaft“, die auch von uns besprochen worden ist, wird Stein und Bein gesagt über die Soziallasten, die doppelt so hoch seien als 1914. Mit solchen Lasten habe das konkurrierende Ausland fast gar nicht zu rechnen, deshalb müsse auf ihrer Verringerung bestanden werden.

Zur rechten Zeit erscheint im „Reichsarbeitsblatt“ Nr. 24 ein Artikel: „Die soziale Belastung der deutschen Wirtschaft“, der die ungeheuren Übertreibungen, deren sich in der letzten Zeit die gesamte Rechts- und Unternehmerpresse besonders in dieser Hinsicht schuldig gemacht hat, zurückweist und über die tatsächlichen Aufwendungen für diesen Zweck Aufschluß gibt. Nach diesen Angaben beläuft sich die Entschädigungslast für die Unfallversicherung, die sich 1913 auf 150 Millionen Mark stellte und 1917 bereits 170 Millionen Mark betrug, für 1924 auf 100 Millionen Mark; sie macht mithin nur zwei Drittel der Last des Jahres 1913 aus. Das ist vorwiegend den niedrig gehaltenen Durchschnittsrenten zuzuschreiben. Künftig sollen die Renten wieder entsprechend den Grundätzen der Gesetzgebung nach dem Eigenverdienst bemessen werden, wie das auch in einer im letzten Sommer vom Reichstag gefaßten Entschließung verlangt wird. Ebenfalls erheblich geringer ist die Last der Angestelltenversicherung, für die gegenüber früher heute auch geringere Beiträge aufgebracht werden. Für die Invalidenversicherung wird für 1924 mit Beitragseinnahmen von 330 Millionen Mark gerechnet gegen 290 Millionen Mark 1913. Hier ist mithin eine um 40 Millionen Mark höhere Belastung festzustellen; sie rührt her von der Verdoppelung der Renteneinkünfte, insbesondere infolge Aufnahme der Witwen und Waisen aus dem Kriege, der Bewilligung der Rente an 65jährige Arbeiter und weiter aus der Steigerung der Invaliditätsgefahr. Eine noch stärkere Belastung weist die Krankenversicherung auf. Hier muß als Vergleichsjahr das Jahr 1914 herangezogen werden, mit dessen Beginn die Vorschriften der Reichsversicherungsordnung über die Krankenversicherung in Kraft getreten sind. Die reichsgesetzlichen Krankenkassen nahmen 1914 im ganzen 595 Millionen Mark ein, davon 624 Millionen Mark für Beiträge. Im Durchschnitt wurden 4 % des Grundlohnes als Beitrag erhoben. Zurzeit ist der Beitragssatz im Reichsdurchschnitt rund 6 % des Grundlohnes; die Gesamteinnahme für 1924 wird 750 Millionen Mark betragen. Die Ausgaben für Krankenversicherung werden demnach um rund 50 % höher sein als 1914. Der Reichsarbeitsminister drängt auf einen Beitragsabbau; damit ist bereits begonnen; denn im Januar/Februar dieses Jahres wurden noch 8 bis 10 % des Grundlohnes als Beitrag erhoben. Das nächste Ziel soll der Rückgang auf 5 % sein, Voraussetzung dafür ist aber eine größere Stetigkeit unserer Wirtschaft.

Insgesamt stellen sich die Lasten der Sozialversicherung für 1924 auf 1290 Millionen Mark gegen 1102 Millionen in 1913 (Krankenversicherung 1914). Von der Mehrbelastung von 188 Millionen Mark tragen die Arbeiter 156, die Unternehmer 32 Millionen Mark. Die Arbeiter tragen mithin fünf Sechstel, die Unternehmer ein Sechstel der Mehrbelastung.

Die Erwerbslosenfürsorge dürfte für 1924, den ungünstigsten Monat, September, zugrunde gelegt, höchstens 260 Millionen Mark betragen, wovon Unternehmer und Arbeiter etwa 220 Millionen je zur Hälfte bestreiten.

Danach ergeben sich insgesamt an Soziallasten für 1924 1510 Millionen oder rund 1½ Milliarden Mark. Die

Rechts- und Unternehmerpresse operiert mit 4,3 Milliarden Mark, ihre Zahlen übertreffen die Wirklichkeit um das Dreifache. Zu welchem Zwecke dieser Schwindel vor sich geht, ist bekannt.

Nach Angaben in der Unternehmerpresse entfallen gegenwärtig 16,6 % der Lohnsumme auf Soziallasten gegenüber 7,9 % im Jahre 1914. Nach denselben Angaben tragen davon die Unternehmer 1914 4,3 %, gegenwärtig 8,7 %. Die Feststellungen im „Reichsarbeitsblatt“ zeigen, daß auch diese Angaben falsch sind; sie betragen in Wirklichkeit gegenwärtig 10,4 bis 10,9 %, wovon auf die Unternehmer 4,4 bis 5 % entfallen, auf die Arbeiter 5,4 bis 6 %.

Der Artikel im „Reichsarbeitsblatt“ kommt, wie gesagt, zur rechten Zeit. Zweifellos wird auch im Reichstagswahlkampf von den rechtsstehenden Parteien auf der Sozialpolitik und ganz besonders auf den durch sie entstehenden Lasten herumgeritten werden. Die Angaben aus dem „Reichsarbeitsblatt“ bieten hinreichendes Beweismaterial zur Widerlegung der Unternehmerbehauptungen und zur Kennzeichnung ihrer arbeiterfeindlichen Absichten.

Soziale Rundschau.

Die internationale Lage des Arbeitsmarktes hat im Monat Oktober wenig Veränderungen erfahren. In Deutschland ist eine auffallende Besserung des Arbeitsmarktes, die sich besonders in der Abnahme der Kurzarbeit kundgab, zu bemerken. Die Belebung des Arbeitsmarktes war weder auf die zunehmende Ausfuhr noch auf den Rückgang der Preise zurückzuführen; sie ist im wesentlichen die Folge der seit Monaten währenden Hungertüte, die den Bedarf nach Waren wieder erweckt. Die Besserung des Beschäftigungsgrades im Ruhrbergbau ist dennoch auch der wesentlichen Senkung der Kohlenpreise zu verdanken. Dem entspricht in England die entgegengesetzte Tatsache des Rückganges im Beschäftigungsgrad der Bergindustrie, soweit sie für die Ausfuhr arbeitete. Schwer ist die Lage des belgischen und österreichischen Bergbaues. In Österreich erfolgten neue Betriebsstilllegungen. In dieser Stelle möchten wir über die Niederlage der belgischen Vergarbeiter im großen Streik im Porzellan- und über lebhafteste Lohnbewegung der französischen Vergarbeiter. Der Beschäftigungsgrad in der Metall- und Maschinenindustrie ist in Europa immer noch sehr gedrückt, und ist dieser Tiefstand zu einer dauernden Erscheinung geworden. Trotz der Verbesserung des Beschäftigungsgrades in Deutschland ist die Arbeitslosigkeit und die Kurzarbeit immer noch ungeheuer groß. In Österreich, Polen und Schweden hat sich die Lage noch verschlechtert. Für die Textilindustrie ist im allgemeinen eine zufriedenstellende Konjunktur vorhanden. — Verschlechtert hat sich im Oktober der Beschäftigungsgrad in der Schweiz, wo die Wirtschaftskrise während der Sommermonate bereits überwunden war; die Bautätigkeit ist zurückgegangen, ebenso auch in der Tschechoslowakei.

Der im vorigen Monat verzeichnete Rückgang des Reallohnes war auch im Oktober überall vorhanden. Die Lebenshaltungskosten haben sich infolge der Verteuerung der Lebensmittel fast in der ganzen Welt erhöht. Nur in der Schweiz ist dank der Erhöhung des Geldwertes eine Steigerung der Preise vorläufig unterblieben. Die Aktionen der Regierungen zur Senkung der Preise, insofern sie versucht wurden, blieben ohne namhaften Erfolg. Die Lohnhöhe blieb dagegen im allgemeinen unverändert. In England wurden in einigen Fällen, wie bei der Bekleidungsindustrie, Lohnsenkungen gemeldet. In den Vereinigten Staaten wurden trotz der Verteuerung eher noch Lohnherabsetzungen vorgenommen. Außerordentlich zugeippt hat sich die Lage in Deutschland, wo den gedrückten Löhnen andauernd steigende Lebenshaltungskosten entgegenstehen. Die Arbeiterschaft hat kein Vertrauen zum Erfolg der Preisreduzierungsaktionen und fordert den Ausgleich durch Lohnsenkungen. Es sind bereits einige Streikbewegungen im Gange (Gemeindearbeiter), Tarifverträge wurden gekündigt (Bergbau) und auch sonst ist für die nahe Zukunft mit umfangreichen Lohnkämpfen zu rechnen.

Lebhafteste Bewegung zeigte der vergangene Monat in bezug auf Organisationsfragen, sowohl in politischer als auch in rein organisatorischer Hinsicht. Die Auseinandersetzungen mit den kommunistischen Gewerkschaften war in der letzten Zeit besonders heftig. In Frankreich sind die Syndikalistinnen aus der kommunistischen Gewerkschaftszentrale ausgetreten und sollen eine neue Zentrale gründen. Die Bauarbeiter des Saargebietes sind daran in erster Linie beteiligt. Die streng kommunistische Richtung des norwegischen Gewerkschaftsbundes wurde aufgegeben und die Zusammenarbeit mit der Amsterdamer Internationale ins Auge gefaßt. Sehr wichtig sind die Vorgänge in Italien, wo der Einfluß der faschistischen Gewerkschaften ständig zurückgeht. Der Wunsch nach Rückkehr zur freien Gewerkschaft ist im Steigen. Besonders die Metall-, Textil- und Bauarbeiter kehren zu ihren alten Gewerkschaften zu-

rück. Der faschistische Tarifvertrag für die Metallindustrie, der die Arbeiter den Unternehmern rechtlos ausliefernte, wird zur Verstärkung der Bewegung beitragen. — Es soll hier noch die Bestrebung zur Schaffung einer grünen Internationale der Bauernschaft erwähnt werden, die in der letzten Zeit unter Führung des bekannten Bauernführers Professor Raur in der Schweiz wesentliche Fortschritte machte. Bekanntlich wurde auch von Mostau aus eine Bauerninternationale ins Leben gerufen, die bestrebt ist, hauptsächlich in den Balkanländern Anhänger zu gewinnen.

Nein organisatorisch wurde die Frage nach Umgestaltung der Berufsverbände in Industrieorganisationen weiter erörtert. Die Nationallegation der belgischen Gewerkschaften hat sich grundsätzlich für die Industrieorganisationen ausgesprochen. Indessen wird auf den meisten Kongressen, selbst bei grundsätzlicher Zustimmung zu den Industrieverbänden die Umgestaltung als noch nicht reif bezeichnet. Vorerst möchten sich die verwandten Organisationen durch besondere Bündnisverträge helfen. — Internationale Bündnisse sind in der letzten Zeit in Skandinavien zwischen einer Anzahl von Organisationen der Angestellten und der Arbeiter Schwedens, Norwegens und Dänemarks zur gegenseitigen Unterstützung bei Arbeitskämpfen und für andere Zwecke zustande gekommen. — Aus Finnland und Rumänien wird die Verfolgung der Gewerkschaftsführer seitens der Regierung berichtet. — Der amerikanische Gewerkschaftskongress wird Mitte November in El Paso stattfinden. Voraussichtlich wird dort der Vorschlag zur Gründung einer politischen Arbeiterpartei gemacht. Seine Annahme und Verwirklichung würde eine hochwichtige Tatsache sein.

Auf sozialpolitischem Gebiet müssen wir uns in erster Linie nach den Wirkungen des Wahlsieges der englischen Konservativen fragen. Die Arbeiterregierung hat sich für die internationale Regelung der Sozialpolitik eingesetzt und bemühte sich insbesondere für die internationale Ratifizierung des Achtstundentages. Nun ist der Erfolg dieser Anstrengungen in Frage gestellt. Auch sonst empfindet der europäische Kontinent von der englischen Arbeiterregierung auf sozialem Gebiet wichtige Anregungen. In diesem Zusammenhang möchten wir einer sehr lehrreichen Studie gedenken, die die englischen Arbeiterorganisationen vor kurzem ausgearbeitet haben. Sie bezieht sich auf eine anschauliche Darstellung der kapitalistischen Arbeitsmethoden und der dadurch verursachten Verschwendung und Unterproduktion.

Auf dem Gebiet der Sozialpolitik möchten wir folgende Fragen von Wichtigkeit, die im vergangenen Monat behandelt wurden, hervorheben. Ueber die Wanderungsfragen wurde vom Internationalen Gewerkschaftsbund eine Konferenz in Prag veranstaltet. Die Frage wird vom französischen Gewerkschaftsbund dauernd auf der Tagesordnung gehalten; infolge des großen Arbeitermangels in Frankreich strömen Arbeiter aus den verschiedensten Ländern dorthin und nehmen oft Arbeitsbedingungen an, die sowohl ihnen selbst als auch für die französischen Arbeiter abträglich sind. Diesem Zustand gilt es abzuhelfen und überhaupt den internationalen Arbeitsmarkt durch die Kontrolle der Aus- und Einwanderung zu organisieren. In Frankreich wurde eine gewerkschaftliche Einrichtung zu diesem Zweck bereits geschaffen. Dem Internationalen Arbeitsamt wurde bei der Kontrolle eine wichtige Rolle zugeteilt. — Das Internationale Arbeitsamt hat überhaupt in der letzten Zeit an Bedeutung und Ansehen gewonnen, sowohl seitens der Regierungen, die weitere Beschlüsse der Arbeitskonferenzen im Oktober ratifizierten als auch der Arbeiterorganisationen. So hat sich zum Beispiel auch der norwegische Gewerkschaftsbund entschlossen, künftighin seine Vertreter nach Genf zu schicken. Bisher hielt er sich grundsätzlich fern. — Die Fragen der Berufsberatung haben eine internationale Konferenz der romanischen Länder in Toulouse beschäftigt. Die Störungen des Arbeitsmarktes, die übermäßige Beschäftigung einiger Industriezweige (Metall-, Elektrizitätsindustrie), das Abströmen der Landbevölkerung in die Städte (Frankreich, Schweiz usw.), macht die Lenkung der Arbeitskraft in die Gebiete, wo dafür Verwendung ist, zu einer wichtigen Aufgabe. Den Fragen der Berufsberatung wird dabei ebenfalls lebhaftes Interesse zugewendet. Auch können wir eine wachsende Aufmerksamkeit für die Behandlung der Fragen in Bezug auf die beste Ausnützung der Arbeitskraft mit Rücksicht auf die Gesundheit der Arbeiter beobachten. Es wird über die Methoden Fords, Taylors, über die Gruppenarbeit zur Vervollständigung der Arbeiter usw. in der Gewerkschaftspresse viel mehr als bisher geschrieben. Auch wird den Problemen des Tarifvertrages eine weit größere Aufmerksamkeit geschenkt. Das Ansehen der deutschen Unternehmer, statt allgemeiner Tarifverträge den Werk- beziehungsweise Leistungsarbeitsvertrag einzuführen, gab zu energischer Abwehr seitens der freien Gewerkschaften Anlaß. — Der große Erfolg der amerikanischen Arbeiterbanken hat die Gewerkschaften zur Gründung von gewerkschaftlichen Banken veranlaßt. Die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten in Deutschland hat ihre Geschäfte am 1. Oktober aufgenommen. Auch in andern Ländern gibt es Bestrebungen zur Gründung einer Gewerkschaftsbank, sowohl für die Sammlung der gewerkschaftlichen Gelder wie der Sparbeiträge der Arbeiter, um sie in den Dienst der gewerkschaftlichen, gemeinwirtschaftlichen und kulturellen Aufgaben zu stellen.

A. H.

Der eingefrorene Reichsindex.

Der seit Februar 1920 vom Statistischen Reichsamt herausgegebene und jetzt wöchentlich bekanntgegebene Reichsindex sollte bekanntlich ein zuverlässiger Gradmesser für die Steigerung der Lebenshaltungskosten sein und daher für Lohnverhandlungen und Lohnbewegungen eine Richtschnur geben. Aber schon in der ersten Zeit seines Erscheinens waren seine Mängel recht stark zutage getreten. Was aber damals bei der Zwangswirtschaft und Rationalisierung der Lebensmittel noch einigermaßen verständlich und entschuldbar war, zeigt sich auch jetzt noch in unverminderter Weise. Das trat besonders in den letzten Monaten stark zutage, wo die Lebensmittelpreise ungeheuer anstiegen, dagegen der Reichsindex die ganze Zeit sich fast gleich blieb. So stieg er vom 9. Juli bis zum 8. Oktober von 1,19 nur auf 1,21 = 1,7 % und pendelte in den da-

zwischen liegenden Wochen meistens zwischen 1,14 und 1,16. Dagegen waren die für den Lebensunterhalt wichtigsten Gruppen nach dem amtlichen Großhandelsindex vom 8. Juli bis zum 7. Oktober gestiegen (1913/14 = 100):

Getreide und Kartoffeln	von 82,2 auf 124,6 = 51 %
Fette, Zucker, Fleisch u. Fisch	„ 114,2 „ 148,4 = 30 %
Lebensmittel	„ 96,5 „ 133,0 = 38 %

Also die wichtigsten Lebensmittel waren nach den amtlichen Großhandelsindex um 30 bis 50 % gestiegen; aber der wöchentliche Lebenshaltungsindex weist nur eine Steigerung von 1,7 % in der genannten Zeit auf. Dabei ist doch allgemein bekannt und jede Hausfrau kann es bestätigen, daß die Großhandelspreise sich recht bald in den Kleinhandelspreisen auswirken. Diese Erscheinung ist so grotesk, daß allseitig die Unhaltbarkeit des Reichsindex offenbar geworden ist und er von niemand mehr ernst genommen wird.

Die Gewerkschaften haben daher in der letzten Zeit eingehend dazu Stellung genommen und nachdrücklich auf eine Nachprüfung der Grundlage hingewirkt. Das Reichsamt hat auch bereits eine Sitzung der Indexkommission angedeutet, und ist zu hoffen, daß endlich diesem Zahlenunfug damit gesteuert wird.

Die wesentlichen Fehlerquellen liegen in der Ernährungsquote, in die unter allen Umständen mehr hochwertige Nahrungsmittel hineingenommen werden müssen. Dann muß aber auch dem Unfug mit den angeblich niedrigen Mietzinsen dabei ein Ende gemacht werden; denn die große Masse des Volkes zahlt nicht bloß 60 bis 70 % der Friedensmiete, wie es in dem Reichsindex zum Ausdruck kommt, sondern mindestens einen Teil, der der Friedensmiete gleichkommt oft jedoch noch weit darüber hinaus, und zwar deshalb, weil sie die erheblichen Aufwendungen für Reparaturen selbst tragen muß, wenn sie nicht in menschenunwürdigen Räumen hausen will. Dann muß aber weiter noch verlangt werden, daß die Steuern, soziale Lasten, Ausgaben für Fahrgehalt und die sonstigen diversen Kleinigkeiten in dem Reichsindex berücksichtigt werden.

Wir müssen unter allen Umständen verlangen, daß die Reichsindexziffer die Feuerungsverhältnisse so widerspiegelt, wie sie in Wirklichkeit sind. Bei den jetzigen Zuständen läuft man Gefahr, daß mit dem Reichsindex ein Lohnbetrug am ganzen Volke verübt wird und darüber hinaus sogar im Auslande ein ganz falsches Bild von den Lebensverhältnissen der deutschen Arbeiterschaft erweckt wird, das uns eines Tages mal recht verhängnisvoll werden kann. Man braucht nur an das Dames-Gutachten zu erinnern, das den deutschen Arbeitern einen Lebensstandard sichert, der nicht unter dem der Arbeiterschaft anderer Länder steht.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Protokolle des 23. Verbandstages.

In dieser Woche wurden die Protokolle des 23. Verbandstages in Eisenach und die Rechnungen an alle Zahlstellenkassierer verjagt. Sämtliche Zahlstellen erhalten mindestens ein gebundenes Exemplar zum Preise von 1,50 M., auch wenn sie nicht bestellt haben. Die eingegangenen Bestellungen sind gleichfalls erledigt worden. Es ist noch eine Anzahl Protokolle vorhanden, die auf Bestellung durch die Zahlstellenkassierer nachgeliefert werden. — Dieser Sendung wurde weiter die gedruckte

Quittung der Zentralkasse für Monat Oktober

als Sonderbeilage beigelegt, desgleichen die

Jahresmitgliederlisten für 1924.

wobon alle Zahlstellen eine ihrer Mitgliederzahl entsprechende Anzahl Formulare erhalten. Die Aufstellung der Jahresmitgliederlisten muß in allen Zahlstellen einheitlich sein. Anleitungen dafür sind auf der letzten Seite der „Quittung der Zentralkasse für Monat Oktober“ abgedruckt. Die Zahlstellenkassierer werden dringend gebeten, diese Anleitungen zu beachten. Die Jahresmitgliederlisten müssen mit der Abrechnung für das 4. Quartal an die Zentralkasse eingekandt werden.

Bücherfutterale

sind wieder vorrätig. Sie werden nur auf Bestellung durch die Zahlstellenkassierer für 15 $\frac{1}{2}$ pro Exemplar abgegeben.

Ausschluß von Mitgliedern.

Wegen Vergehens gegen den § 22 Absatz 3 unserer Satzungen wurden in Bremen Heinrich Ahrens (410 672), Ernst Edelmann (374 761) und Martin Meyer (87 497), in Schwabach Georg Muswed (104 857) aus dem Verbands ausgeschlossen.

Der Zentralvorstand.

Unsere Lohnbewegungen.

Gestreift wird in Landau i. d. Pfalz, Oppeln und Pölzin.

Geperert ist in Zeitz, Bezirk Thüringen, das Kraftwerk Stunnes, in Saarbrücken die Firmen Vahy Grosjean und Sotietto Grand travaux Armé de Beton.

Lohnbewegung und Streik im Saarrevier. Am 17. Oktober kam unter dem Vorsitz des Gewerbersats Jakob eine Einigung zustande mit einem Lohn von 3,40 Frank für gelernte und 2,65 Frank für ungelernte Arbeiter im Baugewerbe. Für Zimmerer im Betonbau wurde der Lohn auf 3,70 Frank festgelegt. Obwohl dieser Lohnsatz von den Beisitzern beider Parteien vereinbart worden war, lehnten ihn die Unternehmer in ihrer Generalversammlung ab. Nach mehreren Verhandlungen boten sie am 3. November für Zimmerer im Betonbau 3,50 Frank, die andern Löhne

sollten bestehen bleiben. Hiermit hätten sich die Zimmerer vielleicht abgefunden, wenn nicht die beiden französischen Firmen Vahy Grosjean und Sotietto Grand travaux en Beton d'Armé strikt erklärt hätten, unter keinen Umständen diesen Lohn, sondern den alten weiter zu zahlen. Vorstellungen seitens der Verbandsleitungen führten zu keinem Ergebnis. Daraufhin haben sämtliche Bauarbeiter beschloßen, am 8. November die Arbeit einzustellen so lange, bis sich diese Firmen bereiterklären, die obigen Abmachungen anzuerkennen und einzuhalten. Zugunahme dem Saarrevier ist streng fernzuhalten.

Erfolgreiche Brandung des Streiks in Burg bei Magdeburg. Am 12. November ist der Streik aufgehoben worden, nachdem die Unternehmer sich bereit erklärt hatten, einen Stundenlohn von 74 $\frac{1}{2}$ zu zahlen. Burg kommt damit in die erste Lohnklasse.

Erfolgreicher Platzstreik in Freiburg im Breisgau.

Auf der Baustelle der Oberbayerischen Bauindustrie A.-G. in Krozingen hatten unsere Kameraden die Arbeit eingestellt, weil sie mit der eingeführten Lohnregelung nicht einverstanden waren. Nach einem Streik von 3 Tagen ist eine Vereinbarung zustande gekommen, wonach der bezugsweise festgelegte Lohn sowie die Arbeiterwochenkarte gezahlt und ferner ein Zuschlag zum Mittagessen gewährt wird, ebenso eine Wegzulage.

Erfolgreicher Streik in Osnabrück.

Die Arbeit ist am 10. November wieder aufgenommen worden. Es wurde vereinbart, daß die 3 $\frac{1}{2}$ Zulage auf den bestehenden Lohn vom 16. Oktober an aufgebracht werden. Der Stundenlohn beträgt 80 $\frac{1}{2}$ und bleibt solange bestehen, bis bei weiteren Lohnsteigerungen die erste Lohnklasse erreicht ist.

Platzstreik in Rosenburg in Ostpreußen.

Die Bauunternehmer Vogel und Hanne sowie die Kreisverwaltung, die Bauarbeiten ausführen läßt, weigerten sich, den Tariflohn von 67 $\frac{1}{2}$ die Stunde zu zahlen, sie zahlten nur 60 $\frac{1}{2}$. Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis, so daß die Einstellung der Arbeit erfolgte. Nach einem Streik von einem Tage bewilligte der Unternehmer Vogel und die Kreisverwaltung die 67 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn. Die Arbeit wurde sofort aufgenommen. Dem Unternehmer Hanne, der städtische Arbeiten hat, kam der Magistrat zu Hilfe, indem er beschloß, die Bauten ruhen zu lassen.

Sperre der Baustelle Kraftwerk Thüringen bei Zeitz.

Bereits im Juni wurde über diese Baustelle die Sperre verhängt, weil der Tariflohn nicht gezahlt und die Arbeitszeit bedeutend überschritten wurde. Von unserer Zahlstelle ist wiederholt versucht worden, diese Differenzen zu beseitigen; Erfolg war ihr aber nicht beschieden, weil sich genügend Leute fanden, für die Tariflohn und Arbeitszeit Nebenjahe waren. Mit der Belegung der Baustelle trat auf der Baustelle Mangel an Zimmerern ein, es wurden solche vom Arbeitsnachweis der Stadt Zeitz dahin vermittelt; diese wurden aber nicht eingestellt. Unter diesen Umständen muß die Sperre weiter bestehen bleiben.

Lohnentscheid für Weilheim in Bayern.

Das Lohngebiet Weilheim gehört zur zweiten Lohnklasse mit einem Stundenlohn von 68 $\frac{1}{2}$ seit dem 13. August. Die Unternehmer haben diesen Lohn nicht gezahlt, und die Zimmerer, die immer mehr ihre Organisation vernachlässigten, haben nicht gemerkt, sondern sich mit 63 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn abgefunden. Auf Veranlassung der Bauleitung hatte sich der Schlichtungsausschuß in München mit dem Fall zu beschäftigen er hat entschieden, daß vom 15. Oktober ab der Stundenlohn von 68 $\frac{1}{2}$ zu zahlen ist. Unsere Kameraden werden also 9 Wochen später in den Genuß des höheren Lohnes kommen, nachdem jeder Zimmerer dem Unternehmer ein Geschenk von 21,60 M. gemacht hat.

Berichte aus den Zahlstellen.

Ein Wort an alle Verbandsfunktionäre.

Nach einem Beschluß unseres Verbandstages in Eisenach sollen im „Zimmerer“ nur noch Berichte veröffentlicht werden, die von allgemeinem Interesse für die Organisation sind. Dieser Beschluß sollte den Zahlstellen zur Richtschnur für die Berichterstattung im „Zimmerer“ dienen. Alles Nebenbühliche, für die Gesamtmitgliedschaft unserer Organisation Gleichgültige ist demnach bei der Berichterstattung zu vermeiden. Ein solches Verlangen ist durchaus berechtigt. Für die Leser unseres Fachorgans ist es bedeutungslos, wenn sie erfahren, daß in dieser oder jener Zahlstelle der Vorsitzende die Versammlung eröffnete, der Schriftführer das Protokoll verlas, oder die Abhaltung eines Vergnügens beschlossen und ein Festkomitee gewählt wurde. Solche und ähnliche Dinge waren es oft, über die Zahlstellen berichteten. Jeder aufmerksame Leser unseres Fachorgans wird sie zuweilen in Zahlstellenberichten gefunden haben. Der in Eisenach gefasste Beschluß wollte dieser Art von Berichterstattung ein Ende bereiten.

Der Beschluß hat jedoch, wie es scheint, noch eine andere Wirkung gehabt, die nicht beabsichtigt war. Die Berichterstattung aus den Zahlstellen hat seitdem fast ganz nachgelassen. Das ist sehr zu beklagen. In kleinen Zahlstellen, wo die Verhältnisse einfach liegen, dürften sich wenig Vorkommnisse von Bedeutung abspielen, über die im „Zimmerer“ berichtet werden könnte. Trotzdem sollten aber auch die kleineren Zahlstellen bestrebt sein, der Gesamtmitgliedschaft in bestimmten Zeiträumen einen Einblick in ihre Organisationsstätigkeit zu gewähren. Anders liegen die Verhältnisse in den großen Zahlstellen. Dort pulsiert das Organisationsleben kräftiger, treten die wirtschaftlichen

Gegensätze scharfer hervor. Daraus ergeben sich oft Differenzen mit nachfolgenden Kämpfen mit dem Unternehmertum, Kämpfe von nicht geringem Ausmaße und großer Bedeutung für die Gesamtorganisation. Die Lohnbewegungen erfordern bezüglich Einleitung und Führung nicht nur Besonnenheit, Geschick und kluges taktisches Handeln sowie klares Erkennen der Erfolgsmöglichkeiten seitens der Zahlstellenleitungen, sondern auch einsichtsvolle, mit den wirtschaftlichen Verhältnissen vertraute und disziplinierte Mitglieder. Die Zahlstellenleitungen können durch einwandfreie Berichte im „Zimmerer“ über derartige Bewegungen dazu beitragen, die Kenntnis über Widerstände und Schwierigkeiten bei wirtschaftlichen Kämpfen zu erweitern. Besonders in dieser Beziehung darf die Berichtserstattung aus den Zahlstellen nicht versagen.

In vielen Zahlstellen wird scheinbar die Auffassung vertreten, als ob die Berichtserstattung aus den Zahlstellen sich lediglich auf Berichte aus Versammlungen beschränken müsse. Eine solche Auffassung ist irrig. Gewiß spielt sich fast alles, was mit dem Organisationsleben zusammenhängt, in den Mitgliederversammlungen der Zahlstellen ab, und es ist deshalb verständlich, wenn viele Zahlstellen sich lediglich auf gelegentliche Einfindung von Versammlungsberichten beschränken. Erwünscht ist aber, daß die Zahlstellen auch über andere mit den Organisationsaufgaben zusammenhängende Fragen berichten. Viel zu wenig wird zum Beispiel aus den Zahlstellen über den Bauarbeiterschutz berichtet. Wie oft laufen Anzeigen für die Sterbetafel des „Zimmerer“ ein, aus denen sich ergibt, daß wieder ein Kamerad durch Bauunfall ums Leben gekommen ist. Eine nähere Beschreibung, wie der Unfall sich zugetragen hat, ob er dem Mangel an genügendem Bauarbeiterschutz zuzuschreiben war, unterbleibt meistens. Auch über das Baudelegiertenwesen wird fast gar nicht berichtet, obwohl hier doch ein weites Betätigungsfeld vorhanden ist. Die Erfahrungen, die in einzelnen Zahlstellen durch Eingreifen der Baudelegierten bei Beseitigung von Mißständen irgendwelcher Art gemacht worden sind, müssen auch andern Zahlstellen zugänglich gemacht werden, weil sie daraus Anregung und Belehrung erhalten. Besonders sollten die Zahlstellen auch Wert darauf legen, im „Zimmerer“ über die in ihrem Gebiete betriebene Agitation und ihre Erfolge zu berichten. Das wirkt aufmunternd auf andere Zahlstellen, spornet sie zu größerem Eifer an.

Vorstehende Ausführungen sollen nur einige Fingerzeige geben, wie die Berichtserstattung aus den Zahlstellen erfolgen kann. Die Berichte aus den Zahlstellen sollen das Leben in den Zahlstellen widerspiegeln. Die Gesamtorganisation kann davon nur gewinnen, wenn die Zahlstellen allgemeininteressierende Angelegenheiten im „Zimmerer“ beschreiben. Voraussetzung ist, daß sich die Berichtserstatter der größten Objektivität befleißigen und von dem Gedanken getragen sind, dem Ganzen zu dienen.

*

Hamburg. Eine gemeinsame Versammlung der Bezirke von Hamburg, Altona, Wandsbek und Umgegend tagte am 6. November im Gewerkschaftshaus. Ueber „Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Dawes-Planes und der Londoner Vereinbarungen“ referierte Kamerad Schönfelder. Nach einem Rückblick auf die Verhältnisse vor Annahme des Gutachtens besprach der Redner die hauptsächlichsten Bestimmungen des Dawes-Planes und der Vereinbarungen in London. Er stellte fest, daß, trotzdem die Lösung eine kapitalistische sei und die Lasten, die das deutsche Volk zu tragen habe, außerordentlich groß sein würden, diese Lösung immerhin einen Fortschritt bedeute. Zum ersten Male werde hier der Versuch gemacht, auf dem Wege der Verhandlungen zu einer Lösung der Reparationsfrage zu kommen. Von besonderer Bedeutung sei in dem Plan die Sorge um die Stabilität der deutschen Währung; denn zu keiner Zeit habe die deutsche Arbeiterklasse so sehr gelitten als unter der fortwährenden Geldentwertung, die auch die wirtschaftlichen Kampforganisationen der Arbeiter ungeheuer geschwächt habe. Die Stabilisierung der deutschen Währung sei neben andern auch die Voraussetzung für eine erfolgreiche gewerkschaftliche Tätigkeit. Nun komme es darauf an, den Kampf um die Verteilung der Lasten aufzufachen. Es gelte, zu verhindern, daß die Arbeiterklasse, wie bisher, fast die gesamten Lasten zu tragen habe. Dazu können nicht Phrasen helfen, sondern nur die Stärkung der politischen und wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse, um sie in den Stand zu setzen, mit der alten im mesenilischen bewährten Taktik den Bestrebungen der Unternehmer erfolgreich entgegenzutreten zu können. In der Aussprache wurde von den Kameraden Rindermann, Behn, Saß und Etchling ein entgegengesetzter Standpunkt vertreten, während Kamerad Schulze den Standpunkt des Referenten teilte. In seinem Schlußwort setzte sich Kamerad Schönfelder unter lebhaftem Beifall der Versammlung mit den Diskussionsrednern eingehend auseinander. Folgende Entschließung des Vorstandes wurde einstimmig angenommen: „Die Versammlung fordert nach einem eingehenden Referat des Kameraden Schönfelder, daß die Lasten aus dem Dawes-Gutachten und den Londoner Vereinbarungen in weit größerem Maße als bisher der besitzenden Klasse auferlegt werden. Die Versammlung verspricht alles zu tun, um die politischen und insbesondere die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse zu stärken, um den bevorstehenden Kampf um die Verteilung der Lasten, insbesondere den Kampf um den Achtstundentag und um höhere Löhne erfolgreicher führen zu können.“ Nach kurzen geschäftlichen Mitteilungen des Kameraden Steinfeldt wurde die Versammlung geschlossen.

Kamenz. Am 31. Oktober tagte im „Bürgergarten“ zu Pulsnitz unsere ordentliche Zahlstellenversammlung; sie war recht schwach besucht. Unser Gauleiter, Kamerad Köhler, hielt einen Vortrag über: „Die wirtschaftliche Lage und die Aufgaben unseres Verbandes“. Er schilderte in ausführlicher Weise die allgemeine wirtschaftliche Lage seit Ausbruch der Revolution. Die 1923 einsetzende Inflation habe die Arbeiterschaft vollends niedergedrückt, und der Ruhereinbruch habe den völligen Verfall unserer Währung zur Folge gehabt. Für die Gewerkschaften war es unter diesen Umständen schwer, durch Lohnerhöhung die Teuerung sofort auszugleichen. Hauptsächlich habe das Baugewerbe darunter gelitten, während Industrien, die ins Ausland lieferten ihre Arbeiter besser entlohten. Bei Einsetzen der Stabilisierung änderte sich dies jedoch, so daß heute das Baugewerbe wieder an der Spitze marschiert. Eingehend schilderte Redner auch den Kampf der Unternehmer gegen den Achtstundentag. Während er für große Teile der Industrie verlorengegangen sei, habe das Baugewerbe dem Ansturm der Unternehmer erfolgreich widerstanden. Nachdem er noch die sächsischen Lohnbewegungen gestreift hatte, schloß er mit einem eindringlichen Appell, fest zur Organisation zu halten; denn nur dadurch sei es möglich, die uns noch bevorstehenden Kämpfe siegreich zu bestehen. Hierauf gab der Geschäftsführer den Kassenabluß vom 3. Quartal bekannt; er wurde anerkannt und der Geschäftsführer einstimmig entlastet. Weiter gab Kamerad Seidel einen kurzen Überblick über die Mitgliederbewegung in den einzelnen Bezirken. Während in den meisten Bezirken sich der Abgang in natürlichen Grenzen hielt, war er in Elstra und Demitz recht groß. Bei den Elstraer Unternehmern haben fast sämtliche Kameraden der Organisation den Rücken gekehrt, ebenso verhält es sich in Demitz im Steinbruch. Aber auch diese Kameraden werden bald einsehen müssen, daß nur durch geschlossenes Vorgehen etwas zu erreichen ist. Einige Anträge auf Abänderung der Lokalbestimmungen wurden angenommen. Ein Antrag, den durchreisenden Kameraden ein Lokalgeschenk von 1 M zu bewilligen, fand gleichfalls Annahme. Um die Zahlstelle in ihrer jetzigen Form aufrechtzuerhalten, wurde einstimmig beschlossen, an die Zahlstelle Dresden heranzutreten zwecks Abtretung von einigen Bezirken an unsere Zahlstelle. Als Geschäftsführer wurde Kamerad Seidel einstimmig wieder in Vorschlag gebracht. Für einen invaliden Kameraden wurde, um ihm eine Weihnachtsfreude zu machen, eine freiwillige Sammlung beschlossen.

Kiel. Am 6. September wurde in unserer Zahlstelle eine Statistik aufgenommen; sie zeigte Ergebnisse, die auch andere Zahlstellen zu ähnlichen Arbeiten anregen dürften. Der Mitgliederbestand der Zahlstelle Kiel betrug 880, die Anzahl der organisierten Lehrlinge 88. Von den 792 Gesellen waren 684 = 86 % verheiratet und 108 = 14 % ledig. Die verheirateten Kameraden hatten 974 Kinder, im Durchschnitt 1,4. 261 Familien waren ohne Kinder. Von den 792 Zimmerern waren nur 414 im Verufe beschäftigt, von diesen noch 40 Mitglieder außerhalb ihres Wohngebietes. In den Werftbetrieben wurden 152 Zimmerer gezählt. Außerhalb des Verufes in den beschiedenen Betrieben fanden 88 Zimmerer Beschäftigung. Am 6. September waren krank 25, erwerbslos 98 und invalide 15 Kameraden. Im Zahlstellengebiet wurden 98 Arbeitsplätze gezählt mit 414 Zimmerern und 120 Lehrlingen. Auf 50 Arbeitsplätzen wurden keine Lehrlinge beschäftigt. Auf die einzelnen Plätze verteilten sich die Zimmerer wie folgt: 50 Plätze je 1 bis 2, zusammen 79 Zimmerer, 30 Plätze je 3 bis 5, zusammen 115 Zimmerer, 11 Plätze je 6 bis 10, zusammen 85 Zimmerer, 7 Plätze je 11 bis 22, zusammen 135 Zimmerer. Die Erwerbslosigkeit der Zimmerer im Jahre 1924 war überaus groß. Es feierten im Durchschnitt im 1. Quartal 330 Mitglieder, im zweiten Quartal 141 Mitglieder, im 3. Quartal 96 Mitglieder und im Monat Oktober 104 Mitglieder. Von den 792 Mitgliedern waren 380 = 48 % politisch organisiert, 415 = 52 % Leser der Arbeiterpresse und von den 684 Verheirateten 400 = 59 % Mitglieder des Konjunkturvereins. Die Zahl der Lehrlinge ist im ständigen Steigen begriffen. Es ist eine große Nachfrage nach Lehrstellen vorhanden. Ein Beweis, daß die Zahlstellen mit Ablehnung der Umschulung auf dem richtigen Wege war. Ein tüchtiger Nachwuchs kann nur durch eine gut durchgeführte dreijährige Lehrzeit und Zahlung angemessener Stundenlöhne für Lehrlinge erreicht werden. Hierfür ist die Zahlstelle stets eingetreten. — Die mangelnde Bautätigkeit Kiels gestattete nur einen Teil der Zimmerer, im Verufe tätig zu sein. Viele sind gezwungen, auswärts Arbeit zu suchen sowie außerberufliche Arbeiten zu verrichten. Während seit 1918 250 Kameraden in den Großbetrieben Beschäftigung fanden, wurden am 6. September nur 150 gezählt. Inzwischen sind noch weitere Entlassungen erfolgt. Daraus erklärt sich die überaus große Zahl erwerbsloser Zimmerer, die das ganze Jahr hindurch vorhanden war. Ueberwiegend im Verufe sind die Kleinbetriebe. Von 80 Arbeitsplätzen wurden 1 bis 5 Zimmerer, nahezu die Hälfte der Berufstätigen, beschäftigt. Für Kiel betrug der Stundenlohn am 1. Januar 1924 51 ¢, er beträgt bis 31. Dezember 82 ¢. Eine Erhöhung trat ein für Kiel und Vororte von 60 %, für Preetz von 66 %, für Schönberg vor 67 % und Bordesholm von 80 %. Ein beschämendes Resultat für unsere Zahlstelle, die durch die Inflationszeit keinen Mitgliederverlust erlitt, zeigte die Feststellung der politischen Organisierten und der Leser der Arbeiterpresse. Während die Zahlstelle früher mit an erster Stelle stand, hat die politische Vererbung auch hier bewiesen, daß Stillstand Rückschritt ist. Es ist die höchste Zeit, die verlorene Position wieder zu besetzen. Als politisch organisierte bekannten sich 21 Kameraden zur KPD, wovon 13 die „Hamburger Volkszeitung“ lesen. Die Konjunkturvereinbewegung hat einen Zugang erfahren. Wenn es aber nur 60 % der verheirateten Kameraden erkannt haben, sich als Konjunkturisten zu organisieren, so steht auch diesem Zweige der Arbeiterbewegung noch ein weites Feld der Betätigung offen. Zur Beurteilung der Situation lassen wir die Uebersicht der letzten Jahre folgen:

Jahr	Mitglieder	Partei	Leser	Konjunktur
1919.....	840	600 (71 %)	607 (71 %)	340 (40 %)
1920.....	885	675 (76 %)	655 (74 %)	340 (38 %)
1921.....	900	597 (66 %)	460 (51 %)	345 (38 %)
1924.....	880 (88 LehrL.)	380 (43 %)	415 (52 %)	400 (45 %)

Baugewerbliches.

Rißa der Bauarbeiter. Auf dem Mühlenbau der Kriegsschwerke in Wurzeln ereignete sich am 18. Oktober ein folgenschwerer Unfall. Die Zimmerer Kurt Mehnert aus Mitleitz und Bruno Lindner aus Seida bei Riesa waren mit dem Nachziehen eines Ankers an einem Fahrstuhl beschäftigt. Sie hatten zu dem Zweck das am unteren Ende eines Starkstrommastes befestigte Drahtseil gelöst und versuchten, es durch Ausziehen herumzuwickeln. Durch das hierdurch verursachte Schwanzen des Seiles kam es in Berührung mit der über den Bau führenden Hochspannung von 6000 Volt. Der Schlag raubte beiden Kameraden die Besinnung. Die Arbeiterkameraderkolonne Wurzeln vermachte Mehnert wieder ins Bewußtsein zurückzurufen, er kam ins Krankenhaus. Bei Lindner konnte nach siebenstündiger Dauer der Wiederbelebungsversuche nur noch der Tod festgestellt werden. Wäre bei Beginn des Baues die Starkstromleitung fortgenommen worden, so hätte der Unfall nicht passieren können. Allein die Zimmerleute auf genannter Baustelle haben, wie aus geschrieben wird, vielfach die nötige Vorsicht vermissen lassen. Der größte Teil der Zimmerleute kam von auswärts, er zeigte sich allen Mahnungen zur Vorsicht unzugänglich. Die Organisation selbst besaß nicht genügenden Einfluß, sie ist durch die gewerkschaftstörenden Vorgänge der letzten Jahre geschwächt und so kam es, daß es auf der Baustelle ziemlich wild zugeht. Möge dieser Vorgang allen Kameraden zur Warnung dienen und möge man auf allen Baustellen dem Bauarbeiterschutz größte Beachtung schenken.

Bauarbeiterschutz in Chemnitz. Der Jahresbericht der Baukontrolleure der Stadt Chemnitz ergibt beachtliche Aufschlüsse über die Durchführung des Bauarbeiterschutzes in Chemnitz. Er umfaßt die Zeit vom 2. Oktober 1923 bis 30. September 1924. In dieser Zeit wurden im Bereich der Stadt Chemnitz 517 Bauten und Gerüste 6128 mal kontrolliert; dabei machten sich 799 Beanstandungen notwendig. Es entfielen auf Neubauten und Unterfundamente 75 Beanstandungen, teils fehlten entsprechende Räume, teils waren sie in mangelhaftem Zustande, unsauber, im Keller oder nicht den Vorschriften entsprechend. Manche Räume waren undicht, zerbrochene Fenster fanden sich vor, es fehlten Heiz- sowie Sitzgelegenheiten, ferner Tische und Fußböden. Mitunter lagerte Material in den Gebäuden, manche waren zu klein und die Fenster nicht zum Öffnen. In bezug auf hygienische Einrichtungen erfolgten 106 Beanstandungen. Es fehlten Trinkwassereimer und Becher, Waschgelegenheit und Verbandkästen. In einer Reihe von Fällen waren leihbare vorhanden, aber ungenügend ausgestattet. Ferner fehlten in einer erheblichen Anzahl Arbeiterhäuser und Unfallverhütungsmaßnahmen. Bei Aborten und Pissanlagen waren 32 Beanstandungen erforderlich. Sie waren teils schlecht gereinigt, in mangelhaftem Zustande, es fehlten Blenden und Tür. In einigen Fällen war überhaupt kein Abort vorhanden, auch wurden Erdgruben benutzt. Die Zahl der Beanstandungen bei Leitergerüsten beträgt 54; sie waren unzulänglich oder mangelhaft verstreut und befestigt. Einmal fehlte die Rückenlehne, in 7 Fällen wurde nur eine Pflöle als Belag vorgefunden. Auch wurde festgestellt, daß Leitergerüste zu Neuputz Verwendung fanden und daß sie nicht ordnungsgemäß waren. Mehrere fehlten Schutzgerüste. Bei fliegenden Gerüsten erfolgten 14 mal Beanstandungen. Teils fehlten Rückenlehnen, Sockelbretter sowie auch Schutzgitter. Einige Male waren die Streckhölzer zu schwach oder nicht einwandfrei. Bei Kunstgerüsten erfolgten 5 und bei Hängegerüsten 2 Beanstandungen, während bei abgeordneten Gerüsten 141 Beanstandungen erforderlich waren. Es fanden sich Gerüste in mangelhaftem Zustande vor. Verstrebung und Abdeckung waren ungenügend, außerdem fehlten Rückenlehnen oder sie waren zu schwach, ferner fehlten Sockelbretter in 21 und Schutzgerüste über den Eingängen und Straßenfronten in 18 Fällen. In einigen Fällen war gar keine Schutzvorrichtung vorhanden, der untere Gerüstboden nicht zugelegt und die Gerüste schlecht eingehangen. Bei einem Gerüst waren die Streckhölzer zu schwach, ein anderes zu sehr belastet. Der untere Gerüstboden wurde 5 mal nicht zugelegt vorgefunden, ebenfalls war an einem Betonbau kein Gerüst vorhanden. — Bei Stangengerüsten erfolgte in 123 Fällen Beanstandung. Es sind in der Hauptsache die gleichen wie bei den andern Gerüsten. Auffallend groß ist die Zahl der Fälle (31), wo ein Gerüst beim Mauern über die Hand fehlte; ferner wurde von 3 Puffergerüsten gemauert. In Neu- und Umbauten waren nicht weniger als 184 Beanstandungen erforderlich. Da fehlten teils die Abdeckung der Balken oder Trägerlagen, die Abperrungen, die Schutzgerüste bei Dacharbeiten (Zimmerer) sowie Leinen und Gurte. Angetroffen wurden in 7 Fällen Dachdecker und Klempner, die ohne allen Schutz an Dächern über 80 Grad arbeiteten, ferner, daß an Fahrbühnen für Betonlörche kein Schutzgitter war, einige Laufbrücken zu schwach und zu schmal und nicht genügend verstreut waren. Vorgefunden wurden 2 zu schwache Aufzüge für Dachholz, und 14 Aufzüge für Beton waren ungenügend verstreut und eingehangen. Freistehende Mauern und Pfeiler waren zweimal nicht abgesteift, einige Male lagen auf den Treppen und Podesten Schutt und Ziegelstücke. Schutzgitter um Gruben fehlte in 4 Fällen, an Treppenaufgängen fehlte Gitter 11 mal. Nicht eingehängte Bauplanken wurden 12 festgestellt; bei 8 Konstruktionsbauten fehlten Gerüst und Schutzgerüst, letzteres auch 6 mal bei Abbrüchen. Ein Schutzgerüst für Glaser bei Anbringung von Oberlichtfenstern fehlte 2 mal und beim Abbruch von Schornsteinen der Gerüstboden und das Schutzgerüst in 3 Fällen. Daß bei offenem Koksfeuer gearbeitet wurde, mußte 8 mal beanstandet werden und 4 mal, daß die Schutzvorrichtung an der Mischmaschine fehlte. Die übrigen beanstandeten Fälle beziehen sich auf nicht einwandfreie Malerleitern, schlechtes Leitermaterial, den Vorschriften nicht entsprechende Leitertage und Schutzvorrichtungen an der Kreisäge. Bei Tiefbauten waren 63 Beanstandungen erforderlich. Vorgefunden wurde fehlender und mangelhafter Ausbau, fehlende und zu kurze Aussteigerleitern. In 6 Fällen mußten Anzeigen erfolgen, in 13 erfolgten Arbeitseinstellungen, in 9 erfolgten Verwarnungen durch das Amt und Strafandrohung erfolgte in 14 Fällen. Der Bericht schließt mit einem Mahnruf an alle Bauarbeiter, gleich welchen Berufes und welcher Richtung; Infolge der Einführung der Alfordarbeit bei den Mauern, Hilfsarbeitern und Tiefbauarbeitern hat das Interesse des einzelnen in der Bauarbeiterschutz

und Unfallverhütungssache sehr nachgelassen. Jetzt heißt es bei den meisten Kollegen, die in Alford arbeiten: nur Geld verdienen. Die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften ist Nebenache. Jeder ist darauf bedacht, bei den schlechten Alforden noch möglichst viel für sich herauszuschinden. Die Baukontrolleure müssen in den meisten Fällen die Kollegen erst darauf aufmerksam machen, in welcher Gefahr sie sich befinden, statt selber mitzuhelfen, die bestehenden Mängel abzustellen. Dieses muß jetzt wieder anders werden. Jeder Kollege muß mithelfen und uns in unserer Arbeit unterstützen. Soweit Meldungen vorliegen, waren in diesem Jahre 11 Unfälle zu verzeichnen, davon 2 schwer, aber nicht tödlich. Die meisten dieser Unfälle in diesem Berichtsjahr sind auf die Alfordarbeit zurückzuführen. Kollegen! Laßt ab von der Alfordarbeit! Alford ist Mord! Die Unfallziffer im Chemnitzer Baugewerbe muß sich von Jahr zu Jahr verringern.

Eine seltene Einmissionsblüte. In Mülheim (Ruhr) soll eine Gewölbebrücke gebaut werden. Die Arbeiten wurden ausgeschrieben. Es gingen, so entnehmen wir der „Baumwelt“ 94 Angebote ein. Die höchstfordernde Firma, Grün & Wiltfinger, Mannheim-Köln, hatte 196 825 M. berechnet, die mindestfordernde Firma, Sauerland, Wandsbek, 55 528,64 M., Differenz 141 296,36 M. Zu welchem Preis der Zuschlag erteilt worden ist, wird nicht berichtet.

Der Arbeitsmarkt im Baugewerbe. (Nach dem Monatsbericht vom 6. November im „Reichsarbeitsblatt“.) Unter dem Einfluß der günstigen Witterung hielt die schon in den beiden Vormonaten beobachtete schwache Teilbelegung des Baugewerbes im Oktober an. Die Bautätigkeit beschränkte sich nach den Berichten der Handelskammern Berlin, Breslau, Frankfurt a. M. und München fast ausschließlich auf Kleinwohnungs- und Siedlungsbauten, die mit Hilfe der Hauszinssteuerhypotheken von privater und kommunaler Seite in Angriff genommen wurden. An größeren Privatbauten von Industriehäusern und öffentlichen Gebäuden fehlte es infolge der noch immer bestehenden Geldknappheit und der unsicheren Wirtschaftslage vollständig. Die in den letzten Monaten eingetretene Pessierung kommt auch in den Stichtagszählungen der größeren Arbeitsnachweise zum Ausdruck; die Zahl der Arbeitsuchenden, die am 14. August rund 21 000 betrug, ging bis zum 15. Oktober auf 15 500 zurück, während die Zahl der offenen Stellen von 1100 auf 2300 zunahm. Nach den Meldungen der Landesämter für Arbeitsvermittlung herrschte in den meisten Gegenden im Berichtsmontat starke Nachfrage nach Facharbeitern, besonders nach Maurern, sie waren in manchen Orten nicht genügend vorhanden. Gegen Ende des Berichtsmontats flaute die Bautätigkeit in verschiedenen Gegenden, wie in Ostpreußen, Schleswig-Holstein, Hamburg, Rheinland und in der Pfalz, ab. In Hessen und Hessen-Nassau wurde die Bautätigkeit durch Arbeitskämpfe ungünstig beeinflusst.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Alle gewerkschaftliche Kraft in den Dienst der Lohnpolitik. Die zunehmende Steigerung der Lebensmittelpreise beunruhigt weite Kreise der Arbeiter. Alle Bemühungen der Gewerkschaften auf eine Senkung der Preise sind vergeblich gewesen; ebenso vergeblich wie die Aktion der Regierung, die durch Verbilligung der Kohlen, Frachten usw. eine Preislenkung bezwecken sollte. Nach diesen und anderen Erfahrungen immer wieder besondere Aktionen gegen die Teuerung zu fordern, muß nutzlos erscheinen. Die Gewerkschaften sollen und müssen heute — zu diesem Schluß gelangt auch die „Gewerkschaftszeitung“ — ihre ganze ungeteilte Kraft in den Dienst der Lohnpolitik stellen, um hier und nur hier das herauszuholen, was eine kurzfristige und verbrecherische Krämerpolitik glaubt, unter der Herrschaft einer ungünstigen Konjunktur der Arbeiterschaft durch das Mittel ungerechtfertigter hoher Preise vom Munde wegnehmen zu können. „Das ist aber — so meint die „Gewerkschaftszeitung“ — auch das einzige Mittel, um die Reichsregierung zu einem Vorgehen zu veranlassen, das möglicherweise sogar Erfolg verspricht. Die Reichsregierung befürchtet nämlich — an sich mit Recht — nichts so sehr als eine neue Inflation. Sie meint nun aber, daß diese Gefahr ganz besonders durch eine neue allgemeine Lohnerhöhung heraufbeschworen würde. Daher ihre krampfhaften Bemühungen zur Niedrighaltung der Löhne. Selbstverständlich aber können und werden die Gewerkschaften nicht ruhig mit ansehen, wie immer und immer wieder die „Gefundung der Wirtschaft“ nur allein auf Kosten der Arbeiterschaft sich vollzieht und dabei noch die Schichten, die ohnehin durch die Inflation gesund geworden, sich noch immer „gesunder“ machen. Die Gewerkschaften werden und müssen also je nach Lage der Dinge und selbstverständlich unter strenger Prüfung der Erfolgsmöglichkeiten darauf bedacht sein, der Arbeiterschaft einen Lohn zu sichern, der zum mindesten eine weitere Senkung ihrer Lebenshaltung verhindert und ihr endlich auch einen Wiederaufstieg auf die Höhe der früheren Lebenshaltung ermöglicht. Sollte damit tatsächlich — was wir allerdings bezweifeln und stets bestritten haben — eine Gefährdung der Währung verbunden sein, und sollte die Angst der Reichsregierung eben deswegen wirklich echt sein, dann wird sie sich ja wohl endlich dazu aufraffen, gegen die Kreise ernstlich vorzugehen, gegen die sie sich längst hätte wenden müssen. Bisher erschien es ihr bequemer, den Druck nach der Seite des „geringsten Widerstandes“ hin auszuüben. Die Gewerkschaften werden die Reichsregierung, wenn es nicht anders geht, zwingen, sich nach der andern Seite hin zu orientieren.

Wir teilen diesen Standpunkt durchaus. Es gibt gar keinen andern Weg für die Gewerkschaften, wenn sie wirksam für die Interessen ihrer Mitglieder eintreten wollen, als den nach höheren, auskömmlichen Löhnen. Wobei indes nicht verkannt werden darf, daß die Regierung auch diesen Weg noch zu versperren imstande ist, wie es die zwangsweise Beendigung der letzten Buchdruckerbewegung beweist.

Solche Hemmungen können nur durch eine starke politische Vertretung der Arbeiterklasse in den gesetzgebenden Körperschaften beseitigt werden.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung fordert der Vorstand des ADGB. vom Reichsarbeitsministerium; von den Regierungen der Bundesstaaten erwartet er Unterstützung seines Antrages. Begründend wird hingewiesen auf die Verteuerung der Lebenshaltungskosten und auf erhöhte Ausgaben infolge des Winters. „Nachdem die Beitragshebung — so heißt es in dem Schreiben — die Beizuschussung der Fürsorge aus Reichs- und Landesmitteln fast reißlos überflüssig machte, würde auch eine Erhöhung der Unterstützungssätze die Staats- und Landesfinanzen nicht belasten. Es ist auch eine stärkere Beitragsbelastung der Wirtschaft nicht zu erwarten. Die Zahl der Unterstützten ist rückläufig. Wenn auch der demnächstige Rückstrom aus der Landwirtschaft und das Abflauen der Bau-tätigkeit infolge des Winters den Rückgang zunächst etwas aufhalten werden, so ist doch mit der allgemeinen Besserung des Arbeitsmarktes zu rechnen. Zudem würde selbst bei einer Erhöhung der Unterstützungssätze die Beitragslast vermindert werden können, wenn nur durch einen allgemeinen Gefahrenausgleich die Last gerechter auf alle Zweige und Bezirke der Wirtschaft verteilt würde. Der Vorstand hofft daher, daß das Arbeitsministerium angesichts der Notlage der Erwerbslosen mit tunlichster Beschleunigung die Erhöhung der Unterstützung durchführt.“

Volkswirtschaft und Achtstundentag. Als zu Beginn dieses Jahres in der Schweiz die Volksabstimmung über die Aufrechterhaltung des Achtstundentages stattfand, konnten Regierung und Unternehmer nicht genug darauf hinweisen, daß bei einer Beibehaltung das ganze Land der vollständigen wirtschaftlichen Zerrüttung entgehen werde. Wie nicht anders zu erwarten war, hat sich jedoch gerade das Gegenteil ereignet. Seit der Abstimmung, bei der sich die große Mehrheit des Schweizer Volkes zugunsten des Achtstundentages aussprach, sind die Ziffern für Warenausfuhr vom Monat zu Monat gestiegen. Der Export, der auf 30 bis 40 vom Hundert zurückgegangen war, hat nunmehr die Zahlen der Vorkriegszeit wieder erreicht. Die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter ist zurückgegangen. Während man Ende März noch 21 380 Arbeitslose zählte, waren es schon Ende April nur noch deren 16 700. Im ersten Vierteljahr 1924 hat sich die Ausfuhr von Farbwaren allein um 20 vom Hundert gehoben. Der Export von Baumwoll- und Wollwaren ist ebenfalls beträchtlich gestiegen. Die Ausfuhr von Uhren hat sich von 40 auf 48 Millionen Franken erhöht, die der Maschinen von 35 auf 41,3 Millionen. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei allen andern Ausfuhrartikeln. Im Baugewerbe ist die Beschäftigung wieder auf Vorkriegeshöhe. Viele Industrien, die ganz daniederlagen (Stiderei usw.), haben sich wieder erholt und beschäftigen eine große Zahl von Arbeitern. Natürlich mögen bei dieser Entwicklung auch noch andere Faktoren eine Rolle gespielt haben, doch kann auf alle Fälle gesagt werden, daß die Beibehaltung des Achtstundentages diese Entwicklung nicht gehemmt hat und, allgemein gesprochen, mit Konjunkturschwankungen, die ungesunde Folgeerscheinungen der kapitalistischen Organisation der Produktion und Verteilung der Güter sind, wahrscheinlich überhaupt nichts zu tun hat.

„Arbeitgeber“ — „Arbeitnehmer“. So oft ich die Worte „Arbeitgeber“ und „Arbeitnehmer“ lese — so schreibt Camill Hoffmann in der „Glocke“ — stolpere ich darüber. Ich begreife nicht, wieso sich diese beiden Worte am Leben erhalten können, wie sie sogar in der sozialistischen Literatur und Presse weiter überliefert werden. Unschön sind sie wie die meisten zusammengefügten Wortgebilde, aber das wäre das wenigste. Auf die ästhetische Seite will ich nicht eingehen. Sie sind unlogisch, und das ist schlimmer. Sie sind meinem Gefühl nach für den arbeitenden Menschen herabsetzend, und das ist das Schlimmste. Unlogisch sind sie, weil sie gerade das Gegenteil ausdrücken von dem, was sie ausdrücken haben. Wenn ich „Arbeitgeber“ sage, so denke ich logischerweise an den, der Arbeit gibt, seine Arbeit hergibt. Ist das der Fabrikant, der Unternehmer? Keineswegs. Der Arbeiter erzeugt Arbeit und verkauft sie dem Unternehmer, er gibt sie gegen Lohn her. Also ist der Arbeiter der „Arbeitgeber“. Der Fabrikant nimmt die Arbeit, er nimmt sie an und bezahlt sie und ist dabei der „Arbeitnehmer“. Der übliche Gebrauch dieser Worte verfehlt unzweifelhaft den Sinn. Wahrhaftig, so oft ich „Arbeitgeber“ und „Arbeitnehmer“ lese, muß ich sie mir erst richtig übersetzen. Das Verkehrende an ihnen finde ich darin, daß der Arbeiter, der, wie gesagt, der Gebende ist, es dulden soll, als der Empfangende hingestellt zu werden. Ich lasse unentschieden, ob in diesem Falle Geben seliger ist als Nehmen. Der Fabrikant wird finden, daß auch hier Nehmen seliger ist und er müßte auch im Sprachgebrauch der Nehmende bleiben. Der Geber klingt freundlicher als der Nehmer, der „Arbeitgeber“ klingt jetzt geradezu gnädig, der „Arbeitnehmer“ geradezu demütigend. Da es nun schwer ist und Verwirrung anrichten würde, wollte man diese Worte fortan plötzlich richtig gebrauchen, nämlich statt „Arbeitnehmer“ „Arbeitgeber“ sagen, statt „Arbeitgeber“ „Arbeitnehmer“, so bleibt wohl nichts anderes übrig, als sie gar nicht zu gebrauchen. Man kommt ohne sie sehr gut, ja besser als mit ihnen aus; denn wer Fabrikant oder Unternehmer sagt, wird ebenso klar verstanden werden, wie wer einfach „Arbeiter“ sagt.

Literarisches.

Arbeitschaft und Staat. Von Wilhelm Sturmfels. Verlag C. L. Hirschfeld, Leipzig. — Die Schrift ist, wie der Verfasser im Vorwort mittelt, aus seiner Tätigkeit an der „Akademie der Arbeit“ hervorgewachsen und das Ergebnis der persönlichen Aussprache und der gemeinsamen Arbeit mit Angehörigen der Arbeiterschaft selbst. Der Verfasser an-

erkennt, daß die Arbeiterschaft auf eine großartige Weise das organisatorische Prinzip zur Ausbildung gebracht hat, aber es fehle ihr die geistige Sammlung, die Vereinigung und die Verschmelzung ihrer lebendigen Kräfte, die sie zur entscheidenden Bedeutung für das nationale Leben der Völker hätten werden lassen. Darin sieht er die Ursachen der Krise innerhalb der Arbeiterbewegung, die er zurückführt auf Marx, dessen Lehre nur lösend, aber nicht erlösend gewirkt habe. Die Marxsche Staatsauffassung genüge nicht mehr für die politische Orientierung der Arbeiterschaft. Das jetzige Verhalten der Arbeiterschaft sei in sich widerspruchsvoll. Eine Partei dürfe niemals in sich erstarren; ihre politische Doktrin müsse stets die Tendenz behalten, sich in Staatsbereitschaft aufzulösen oder mindestens diese Staatsbereitschaft entscheidend zu befruchten. Nicht propagandistisch durch Organisieren, sondern praktisch durch staatsmännische Führung müsse sie sich ihren politischen Lebensraum erringen. — Ohne der Kritik des Verfassers oder der von ihm propagierten Auffassung beizutreten, darf doch gesagt werden, daß die Schrift in vielerlei Beziehung zum Nachdenken anregt und deshalb verdient, gelesen zu werden.

Im selben Verlag erschien: **Die erste deutsche Arbeiterbewegung.** Geschichte der Arbeiterverbrüderung von 1848/49. Ein Beitrag zur Theorie und Praxis des Marxismus. Von Max Duart. Preis broschiert 7,50 M., gebunden 9 M. Das Buch ist eine zweite Auflage des 1900 vom Verfasser herausgegebenen Werkes: „Die Arbeiterverbrüderung von 1848. Erinnerungen an die Klassenkämpfe der ersten deutschen Revolution.“ Während aber dieses Werk nur 144 Seiten zählte, umfaßt der vorliegende Band 400 Seiten. Er bietet eine ausführliche Darstellung der Geschichte der Arbeiterbewegung der genannten Jahre. Soweit unsere Leser im Besitze des ersten Bandes der Geschichte der deutschen Zimmererbewegung von August Brinmann sind, ist ihnen die Gründung der Arbeiterverbrüderung, ihre Tätigkeit und ihr Ende nicht unbekannt. Allein in der Geschichte der Zimmererbewegung sind diese für die Arbeiterbewegung äußerst bedeutsamen Jahre gewissermaßen als geschichtliche Episode nur sehr kurz weggenommen. Das vorliegende Werk von Max Duart schöpft die Ereignisse reißlos aus, behandelt ausführlich die Einzelumstände, unter denen die Arbeiterverbrüderung entstand, wirkte und kämpfte. Das Studium dieses Buches dürfte sich gerade in unserer Zeit empfehlen; die Kenntnis der Schwierigkeiten und Hemmungen, die die Arbeiterbewegung in ihren Anfangsjahren zu überwinden hatte, dürfte manchem Stürmer und Dränger von heute das richtige Augenmaß für praktische Möglichkeiten vermitteln. Das Buch sollte deshalb in keiner Bibliothek fehlen.

Urania. Monatshefte für Naturerkenntnis und Gesellschaftslehre, Urania-Verlag, G. m. b. H. in Jena. Heft 2 wartet mit einem reichhaltigen und interessanten Inhalt auf. Es bringt einführende Artikel von Richard Woldt: Wesen und Werden der Technik; Dr. Paul Kammerer: „Schmelztiegel“ Amerika; Ernst Mühlbach: Ueber das Leben im Meer, und anderes. Bestellungen nehmen alle Parteibuchhandlungen und die Urania-Verlags-Gesellschaft, Jena, entgegen. Bezugspreis vierteljährlich 1,25 M. oder bei gebundenen Beigaben 1,80 M.

Die Gemeinde. Halbmonatsschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land. Das zweite Novemberheft enthält Artikel von Ernst Reuter: Kommunale Aufwertung; D. Grote: wahl: Die Reform des kommunalen Verfassungsrechtes in Braunschweig; W. Schimmel: Die Bemessungsgrundlagen der Gemeindesteuer, und anderes. Bezugspreis monatlich 1,20 M. Zu beziehen durch alle Postanstalten und Buchhandlungen.

„Des Kindes Stimme.“ Ein Weihnachtsspiel aus der Gegenwart in 3 Aufzügen mit einem Vorspiel und einem Nachspiel von Hedwig Schwarz-Norve. Aufführungsrecht bei Abnahme von 15 Exemplaren. Preis 40 M., Berlin 1924. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 68, Lindenstr. 3.

Veranstaltungsanzeiger.

Montag, den 24. November:

Anklam: Abends 7½ Uhr im „Schützenhaus“.

Mittwoch, den 26. November:

Guben: Abends 6 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Donnerstag, den 27. November:

Brandenburg a. d. H.: Abends 7½ Uhr im Volkshaus.

Freitag, den 28. November:

Bautzen: Gleich nach Feierabend in Bütners Restaurant, An der Petritirche. — **Chdskuhnen:** Eine halbe Stunde nach Feierabend bei Koch, Jodringthemer Straße. — **Rathenow:** Gleich nach Feierabend bei H. Rehfeld, Jägerstr. 28.

Sonntag, den 29. November:

Afen: Abends 8 Uhr im „Eldal“, Stadt Hamburg. — **Braunschweig, Bezirk Wollentbüttel:** Abends 7½ Uhr im Gasthof „Zur Tanne“, Enge Straße.

Sonntag, den 30. November:

Arnswalde: Nachmittags 3 Uhr im „Goldenen Löwen“.

Anzeigen.

Zahlstelle Mannheim-Ludwigshafen.

Wir machen unsere reisenden Kameraden darauf aufmerksam, daß sich die Herberge der freien Gewerkschaften in Heidelberg in der „Guten Quelle“ (Wormser Braustübel), Hirschgasse, hinter dem Rathaus befindet. [2,10 M.] Die Verwaltung.

Zahlstelle Radolfzell.

Reisende Kameraden haben sich, bevor sie nach Arbeit umschauen, beim Vorsitzenden Th. Vogler, Walchnerstr. 11, oder beim Kassierer Benedikt Rösch, Altmendstr. 11, zu melden. Umschauen ist verboten. Der Vorstand. [1,80 M.]